

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. täglich 6 Pfennig. Einzelnummern 10 Pfennig. Alle Postämter und Postgeschäfte, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Reichspfennige, die 2-spaltige Reklamazeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Post- und Wapoststellen. Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der Anzeigen durch Fernruf übermittelten Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 70 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Ami-Blatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 411

Donnerstag, den 23. März, 1933

Fröhlich, tapfer vorwärts!

Aufruf des Landesbischofs.

Dresden. Der Landesbischof richtet an die Glieder der ev.-luth. Landeskirche folgende Ansprache, die am nächsten Sonntag von den Kanzeln verlesen werden wird:

„Dem Grußwort, das die Landes Synode vor vierzehn Tagen an die Gemeinde richtete, bitte ich heute noch ein ganz persönliches Wort folgen lassen zu dürfen. Wir leben in der Gegenwart sehr schnell. Am Schluß der Synode konnte niemand ahnen, daß so bald ein völliges Neuerwerden vaterländischer Gefinnung weiteste Kreise unseres Volkes ergreifen werde.“

Die Kirche darf unmöglich dazu schweigen. Sie will Volkskirche sein. Als Volkskirche durchlebt sie die tiefen Nöte des Volkes. Als Volkskirche aber darf und soll sie sich auch all der Freude mitfreuen, die Gott ihrem Volke schenkt. Wie sollte sie denn nicht in ehrfürchtiger Dankbarkeit die ungeahnte Wandlung begrüßen, die sich vor ihr vollzogen hat. Sie kann nur den Versuch machen, diese Wandlung durch die Predigt, die ihr befohlen ist, in der Tiefe — in Gott selbst zu verankern. Darum darf es ihr eine besondere Freude sein, daß jene Bewegung selbst schon den Zusammenhang mit Gott sucht und bewußt pflegt. Wir begrüßen mit besonderer Dankbarkeit, daß sie daran arbeitet, den Kindern im Unterricht von frühe an den Weg zum Glauben der Väter zu zeigen. Wir können nur bitten, darin fortzufahren und überhaupt alles zu tun, wozu wir für das heutige Geschlecht dem heiligen Willen Gottes und seinem seligen Evangelium die Bahn frei gemacht werden mag. Die Kirche kann nur mahnen: Fröhlich, tapfer vorwärts, daß das alte Evangelium eine neue Macht im Volksleben werde!

In der Tat, es ist eine Stunde höchster Entscheidung, die wir durchleben. Künftige Geschlechter werden von uns hören wollen, wie wir diese Stunde durchlebt haben. Wir reden von verfallenen Stunden der Weltgeschichte, von verfallenen Stunden auch in der Geschichte der Kirche. Diese Stunde darf nicht vergeblich gekommen sein. Wir sind dafür verantwortlich. In diesem Bewußtsein müssen wir eins sein. Im einzelnen mag es unter uns mancherlei Unterschiede geben. Von dem Unterschied der Parteien will ich überhaupt nicht reden. Nur daß unser Volk zu gemeinsamer Liebe untereinander sich verbinde! Zu den allerunkelsten Blättern der Geschichte gehört, was bis auf die jüngste Vergangenheit an Bruderhass unter uns erlebt ist. Die Kirche will, so viel an ihr ist, alle ihre Glieder zu heiliger Gemeinschaft rufen. Wie sie ihre Glieder zu gemeinsamer Liebe zu unserem Volke rufen möchte, so möchte sie auch in der Liebe untereinander verbinden. So laut sie kann, möchte sie gerade auch denen, die heute zur Seite stehen, sagen, daß sie auch zu ihrem Dienst bereit ist. Die Kirche will nach jenem Wort der Schrift eine Stätte sein, da man „zusammenkommt“. Ich möchte wohl in großem Ernst bitten, daß alle Glieder unseres Volkes die Kirche in diesem Punkt auf die Probe stellen. Es kann und es soll von allen erlebt werden. In der heiligen Gemeinschaft der Kirche gibt es auch wirkliche Gemeinschaft untereinander.

Mit dieser Volkskraft tritt die Kirche in die Zeit hinaus. Sie tut es aber in der Gewißheit, daß die Wahrheit zuletzt liegen wird. Sie ruft daher ihre Glieder zu dem fröhlichen, tapferen Glauben, daß Gott uns zu einer neuen Zeit führen will und nur auf uns wartet. Er warte nicht vergeblich.“

Zum Aufruf des Sächf. Militärvereinsbundes.

Die klare Stellungnahme des Sächsischen Militärvereinsbundes zur augenblicklichen Lage hat bei allen Mitgliedern des Bundes eine große Befriedigung ausgelöst. Wenn auch der Reichskriegsminister und Reichswehrminister mit seinen Landesverbänden seit 1919 scharf gegen den Umsturz 1918 und den Versailles-Friedensvertrag mit seinen unwürdigen und unbedenklichen Maßnahmen gekämpft hat, so ist doch eine so entschiedene klare Stellungnahme zum Schutze der nationalen Regierung bisher noch nicht erfolgt. Auch der weitere Ausbau in der Hinsicht, daß Sachsen als Grenzschutzgebiet zu gelten hat und hierfür wieder der S.M.V. seine kampferprobten Mitglieder der Regierung zum politischen Schutz und Einsetzung zur Verfügung stellt, zeugt allgemein von einer groß eingeschlagenen Aktivität.

Wenn auch die Eintragungen in die Listen verläufig lediglich Informationszwecken dienen, da man nicht hofft, daß von linksstehender Seite innerliche Verwicklungen zu erwarten sind, und außenpolitisch durch MacDonald, den englischen Premierminister, ein Abrüstungsentscheid vorgelegt wird, der die Abrüstungskonferenz vorwärts und damit die Friedensausichten Europas ein Stück näher bringen soll, so gilt diese Eintragung bzw. Anmeldung doch als große vaterländische Maßnahme, um klar zu sehen, in welcher Art der Sächsischer Militärvereinsbund mit seinen Mitgliedern in Fällen der Gefahr rechnen kann.

Wie wir hierzu weiter erfahren, sind im Präsidium des S.M.V. sowohl als auch bei den Bezirksvorsitzenden Stellen eingerichtet worden, die in dem neuen Geist und Sinn alle diese Belange zu erledigen haben. Jeder einzelne Militärober aber möge weiter in dem Sinne arbeiten, keiner Partei der nationalen Bewegung, sondern der Gesamtheit des Vaterlandes zu dienen.

Vertagung der Abrüstungs-Konferenz.

Auf Ende April.

Präsident Henderson empfing in Genf den deutschen Abordnungsführer, Botschafter Radolny, zu einer längeren Unterredung, in der die bevorstehende Vertagung der Abrüstungskonferenz erörtert wurde. Der Hauptausfluß soll am Donnerstag die Gesamtverhandlungen der Konferenz bis zum 26. April vertagen. Als amtliche Begründung dafür wird angegeben, daß in der gegenwärtigen Lage eine Vertagung wünschenswert sei, da für die diplomatischen Verhandlungen über die Pläne der italienischen Regierung Zeit gelassen werden müßte.

Der Eindruck in Berlin.

Im Zusammenhang mit den in Genf aufgetretenen Bestrebungen, die Abrüstungskonferenz bis nach Osnabrück zu vertagen, wird von zuständiger Stelle erneut darauf hingewiesen, daß der Macdonaldsche Abrüstungsvorschlag von Deutschland durchaus als geeignete Verhandlungsgrundlage angesehen wurde. Deutschland sei zu einer Generalaussprache über diesen Plan durchaus bereit gewesen und habe erhofft, daß die Einstellung der wichtigsten Mächte zu diesem Plan in der Generalerörterung klarer herausgearbeitet würde. Auf keinen Fall aber könne es im Interesse der beschleunigten Beendigung der Abrüstungskonferenz liegen, daß nach der Generalaussprache eine Aussprache in den Ausschüssen beginne. Damit würde eine wirkliche Gefahr für den positiven Ausgang der Abrüstungskonferenz entstehen. Eine Vertagung der Abrüstungskonferenz müßte zum mindesten im Sinne der Vorbereitung eines positiven Ausgangs der Konferenz benutzt werden.

Russland hat im Anschluß an die Besprechungen mit den englischen Ministern den deutschen Botschafter von Hassel empfangen und ihn über die italienisch-englischen Besprechungen unterrichtet.

Ernstere deutsch-französischer Grenzzwischenfall.

Aus dem Dorf Hill (Bezirk Birmasens) wird ein Grenzzwischenfall gemeldet, der, wenn sich alle Einzelheiten bestätigen, eine schwere Verletzung der deutschen Gebietshoheit darstellt.

Danach haben am Dienstagnachmittag zwei berittene französische Offiziere die Grenze überschritten und sind etwa 100 Meter weit in deutsches Gebiet eingedrungen. Bei Einwohnern des Dorfes Hill erundigten sie sich, ob es stünne, daß in Birmasens große Aufgebote nationalsozialistischer Formationen zusammengezogen worden seien. Darauf zogen sie sich wieder auf französischen Boden zurück.

Bei dem Vorgang will man bemerkt haben, daß auf französischer Seite der Grenze ein Maschinengewehr zur Deckung des Vorstoßes der beiden Offiziere in Stellung gewesen sei. Die Regierung der Pfalz hat sofort die nötigen Schritte eingeleitet.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Eine Erklärung Reichsministers Göring.

Reichsminister Göring hatte dem Vertreter des Amsterdamer „Telegraaf“ auf dessen Frage, wie es um die deutsch-russischen Beziehungen stehe, dem Blatt zufolge wörtlich erklärt: Unser Verteidigungsfeldzug gegen den Kommunismus in Deutschland hat mit den deutsch-russischen Beziehungen nichts zu tun. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir ebenso freundschaftlich bleiben werden, wie in den vergangenen Jahren. Es geht uns nichts an, was in Rußland geschieht, und es geht Rußland nichts an, was in Deutschland vorgeht.

Die russischen politischen Kreise haben, wie aus Moskau gemeldet wird, mit großem Interesse die Erklärung des Reichsministers Göring entgegengenommen. Diese Erklärung wird als erster Schritt zur Entspannung der deutsch-russischen Beziehungen angesehen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern bald wieder in normalen Bahnen bewegen wird.

Ermächtigungsgesetz und Parteien.

Eine Warnung an das Zentrum.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag unter der Überschrift „Ermächtigungsgesetz und Parteien“ unter anderem: Die Entscheidung des Reichstages entscheidet diesmal nicht über das Schicksal der Regierung, sondern über das Wohl und Wehe der Parteien selbst, deren Zukunft in ihre eigene Hand gegeben ist.

Die Parteien mögen sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Nichtannahme des Ermächtigungsgesetzes eine Kampfansage bedeuten würde, die von der Regierung aufgenommen wird.

Man darf daher erwarten, daß nicht nur das Interesse des Volkes, sondern auch das Gebot der Klugheit und Selbsterhaltung von denjenigen Parteien verstanden wird, die es angeht.

Kaas und Stegerwald beim Reichsfinanzminister.

Die Stellung des Zentrums zu dem Ermächtigungsgesetz.

Reichsfinanzminister Adolf Hitler empfing am Mittwochnachmittag die Zentrumsabgeordneten Dr. Kaas, Stegerwald und Hagedornberger. Die Unterredung dauerte über zwei Stunden. Über den Inhalt der Besprechung wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Zentrumsfraktion, die am Abend zusammentrat, nahm einen Bericht der Unterhändler über den Gang der Verhandlungen entgegen. Beschlüsse wurden von der Fraktion nicht gefaßt.

Es ist damit zu rechnen, daß am Donnerstag nach Abgabe der Regierungserklärung im Reichstag vom Zentrum ein Antrag auf Vertagung bis Freitag eingebracht wird. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß diesem Antrag von den übrigen Parteien entsprochen werden wird. Die Zentrumsfraktion wird voraussichtlich ihre endgültigen Entscheidungen über ihre Stellung zu dem Ermächtigungsgesetz im Laufe des Donnerstag treffen.

Anderung der Geschäftsordnung des Reichstages.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hielt im Reichstagsgebäude seine erste Sitzung ab.

Der sozialdemokratische Antrag auf Hastentlassung der inhaftierten sozialdemokratischen Abgeordneten wurde mit 15 gegen 6 Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmhaltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Der Ausschuß beriet dann die von den Regierungsparteien beantragte Änderung der Geschäftsordnung. Die Abschaffung der Einrichtung des Alterspräsidenten für die Eröffnung der ersten Reichstagsitzung wurde einstimmig vom Ausschuß bestätigt. Eine längere Aussprache entspann sich über die Bestimmung, wonach die Teilnahme an den Verhandlungen des Parlamentes den Abgeordneten zur Pflicht und für unentschuldigtes Fernbleiben der Ausschluß bis zu 60 Sitzungstagen angedroht werden.

Der neue Paragraph wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Ein weiterer Vorschlag der Regierungsparteien will der Geschäftsordnung die Bestimmung anfügen, daß die Mitglieder, die nach der neuen Bestimmung ausgeschlossen werden können, als anwesend gelten.

Auf Antrag des Abg. Frank II wurde zunächst die Feststellung beschlossen, daß der Antrag keine Verfassungsänderung bezwecke. Der Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung selbst wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Zum Berichterstatter für die Geschäftsordnungsaussprache in der Vollziehung wurde Abg. Stöhr (Nat. Soz.) bestimmt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte in einer Sitzung den Abgeordneten Wels zum Redner der Fraktion in der Donnerstagsitzung des Reichstages. Wie man weiter erfährt, wird von der sozialdemokratischen Fraktion voraussichtlich gegen die sofortige Erledigung der dritten Lesung des Ermächtigungsgesetzes Einspruch nicht eingelegt werden.

Rundfunküberwachung ausschließlich durch Reichsminister Goebbels.

In einer Unterredung, die in Berlin zwischen dem Reichspostminister, Freiherrn Ely von Rübenaeh, und dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, zusammen mit den beiden Rundfunkkommissaren, Staatssekretär a. D. Dr. Ing. e. h. Rudow und Dr. Krutenberg, stattfand, wurde beschlossen, daß nicht nur die früher vom Reichsministerium des Innern, sondern darüber hinaus auch die vom Reichspostministerium bisher ausgeübte Überwachung des Rundfunks nunmehr ausschließlich vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda übernommen wird. Dr. Goebbels hat seinerseits Dr. Krutenberg mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsrundfunkkommissars beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda betraut.